



[:www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de) :Innere Sicherheit

Landespreis **2004** für Innere Sicherheit

Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen/Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.



Inhalt

Vorwort	4
Der Wettbewerb	7
Ordnungspartnerschaft Gelsenkirchen: „Erhöhte Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr“	8
Ordnungspartnerschaft Essen: „Gemeinsam aktiv für Essen – Kooperation statt Konfrontation“	10
Ordnungspartnerschaft Münster: „Graffiti – Auch mal andere Wege gehen“	12
Ordnungspartnerschaft Bonn: „Gemeinsame Anlaufstelle von Stadtverwaltung und Polizei in der Bonner Innenstadt (GABI)“	14
Ordnungspartnerschaft Mettmann: „Verhinderung illegaler Autorennen“ ...	14
Ordnungspartnerschaft Unna: „Männergewalt gegen Frauen und Mädchen in Beziehungen – Häusliche Gewalt“	15
Ordnungspartnerschaft Köln: „Hinsehen. Handeln. Hilfe holen.“	16
Ordnungspartnerschaft Siegen: „Soziale, gesunde und sichere Stadt“ ...	16
Ordnungspartnerschaft Aachen: „Jugendliche Intensivtäter im Bereich der Hauptschule Aretzstraße“	17
Ordnungspartnerschaften: Gemeinsam zum Ziel	18
Chronik Ordnungspartnerschaften in NRW.	22
Impressum	24



Vorwort



„Verbesserung der objektiven Sicherheitslage durch Reduzierung von Straftaten und Verkehrsunfällen“ – mit diesem Ziel startete vor sieben Jahren die sicherheitspolitische Initiative „Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden.“

Diese Initiative hat sich überaus erfolgreich entwickelt.

Landesweit zeigen über 900 Projekte zur Verbesserung der Sicherheit in Städten und Gemeinden eindrucksvoll, dass Ordnungspartnerschaften unverzichtbare Elemente im Rahmen des Netzwerkes zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit sind. Sie sind lebendige Beispiele eines bürgerorientierten und sicherheitspolitischen Handelns.

Gemeinsam erarbeiten die Beteiligten mit großem Engagement Lösungen für die Probleme vor Ort. Aus dieser gemeinsamen Arbeit entsteht ein neues Bewusstsein; das Netzwerk aus Ideen und Innovationen wird für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land erlebbar. Nicht zuletzt wurden dadurch das Verantwortungsgefühl vieler Menschen geweckt und die Lebensqualität gesteigert.

Eine Vielzahl unserer Bürgerinnen und Bürger hat erkannt, dass nicht nur staatliche Institutionen, sondern jeder Einzelne seinen aktiven Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität leistet.

Dieser Prozess zeigt mir deutlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Darin haben mich die bei meinen Besuchen der Ordnungspartnerschaften in Siegen, Münster und Aachen gewonnenen Erfahrungen bestärkt. Ich freue mich besonders über unser vorzeigbares Arbeitsergebnis und möchte mich auf diesem Weg bei allen, die dieses Ergebnis durch ihr Engagement möglich gemacht haben, recht herzlich bedanken.



Polizei



Bürger
Rechtss



Im letzten Jahr habe ich erstmalig den Wettbewerb um den Landespreis für Innere Sicherheit ausgeschrieben, um beispielhafte Ordnungspartnerschaften im Sinne einer bürgerorientierten, rechtsstaatlichen und professionellen Sicherheitsarbeit zu prämiieren. Damit soll ein zusätzlicher Anreiz geschaffen werden, um diese Ideen weiter zu tragen und anderen zur Verfügung zu stellen.

Mit Essen, Gelsenkirchen und Münster werden in diesem Jahr drei vorbildliche Projekte ausgezeichnet. Sie haben dazu beigetragen, dass die Zahl der Straftaten gesenkt und dass durch Verkehrsunfälle oft verursachte menschliche Leid verringert werden konnte.

Deshalb werden Ordnungspartnerschaften auch weiterhin ein fester Bestandteil der Politik für mehr öffentliche Sicherheit und Ordnung in Nordrhein-Westfalen bleiben.

Dr. Fritz Behrens

Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen



Der Wettbewerb 2003

Im Dezember 2003 wurde der Landespreis für „Innere Sicherheit – Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen“ erstmalig vergeben. Damit bot sich allen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Institutionen und Behörden ein Anreiz, ihre Projektideen und ihre Erfahrungen aus Ordnungspartnerschaften untereinander auszutauschen und sie der Öffentlichkeit vorzustellen.

Insgesamt 23 Städte, Kreise und die Bezirksregierung Köln haben sich mit 29 Ordnungspartnerschaften für den Landespreis „Innere Sicherheit“ beworben.

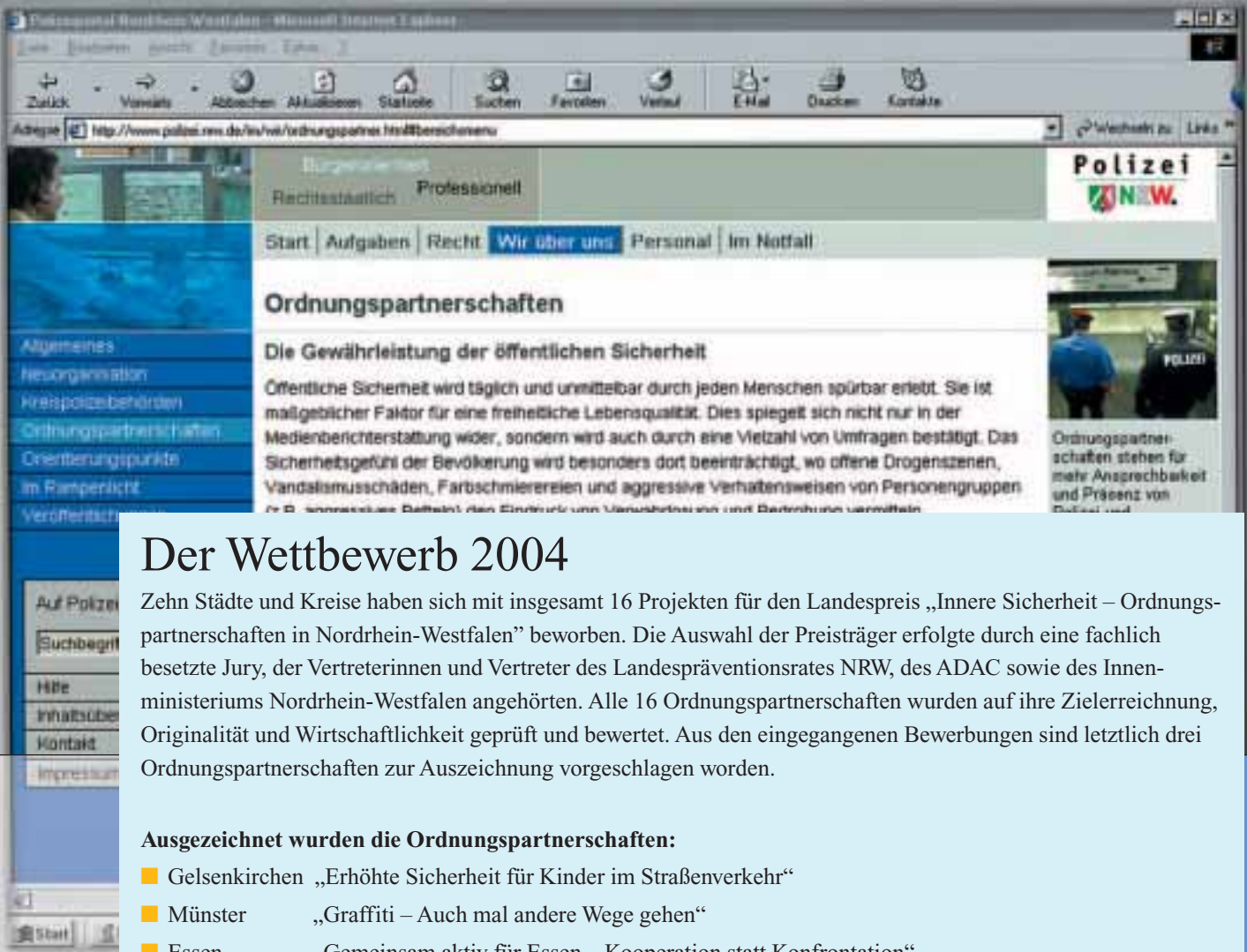
Ausgezeichnet wurden die Ordnungspartnerschaften:

- Essen „Gemeinsam aktiv für Essen – Sicherheit und Hilfe im gesellschaftlichen Konsens“
- Bezirksregierung Köln (Autobahnpolizei) „Mehr Sicherheit im LKW-Verkehr“
- Bochum „Zivilcourage“
- Mönchengladbach „K!DS in MG – Sicher unterwegs!“
- Köln „Sicheres Köln – Projekt Netzwerk gegen häusliche Gewalt“

Weitere Informationen zu den Preisträgern 2003 finden Sie im Internet unter

<http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>





Der Wettbewerb 2004

Zehn Städte und Kreise haben sich mit insgesamt 16 Projekten für den Landespreis „Innere Sicherheit – Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen“ beworben. Die Auswahl der Preisträger erfolgte durch eine fachlich besetzte Jury, der Vertreterinnen und Vertreter des Landespräventionsrates NRW, des ADAC sowie des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen angehörten. Alle 16 Ordnungspartnerschaften wurden auf ihre Zielerreichung, Originalität und Wirtschaftlichkeit geprüft und bewertet. Aus den eingegangenen Bewerbungen sind letztlich drei Ordnungspartnerschaften zur Auszeichnung vorgeschlagen worden.

Ausgezeichnet wurden die Ordnungspartnerschaften:

- Gelsenkirchen „Erhöhte Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr“
- Münster „Graffiti – Auch mal andere Wege gehen“
- Essen „Gemeinsam aktiv für Essen – Kooperation statt Konfrontation“

Weitere Informationen zu den ausgezeichneten Ordnungspartnerschaften finden Sie im Internet unter <http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>.

Aachen	Gemeinschaftshauptschule Aretzstraße und Polizei Aachen „Jugendliche Intensivtäter im Bereich der Hauptschule Aretzstraße“
Bonn	„Gemeinsame Anlaufstelle von Stadtverwaltung und Polizei in der Bonner Innenstadt – GABI“
Köln	„Sicheres Köln“ – sechs Ordnungspartnerschaften
Siegen	„Stadt Siegen und die Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein – gemeinsam für eine soziale, gesunde und sichere Stadt“
Unna	Runder Tisch – „Männergewalt gegen Frauen und Mädchen in Beziehungen – Häusliche Gewalt“
Essen	„Gemeinsam aktiv für Essen – Kooperation statt Konfrontation“
Gelsenkirchen	„Erhöhte Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr“
Mettmann	1. „HIP – Hildener Präventionsmodell“ 2. „Illegale Autorennen“
Münster	„Graffiti – Auch mal andere Wege gehen“
Neuss	„Sichere Innenstadt“



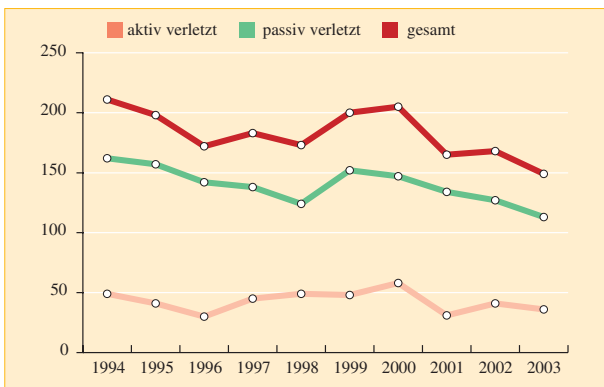
Ordnungspartnerschaft Gelsenkirchen: „Erhöhte Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr“

Im April 1999 wurde durch den Oberbürgermeister und den Polizeipräsidenten der Stadt Gelsenkirchen eine Projektgruppe mit dem Ziel gegründet, gemeinsam die Sicherheit für die Gelsenkirchener Kinder im Straßenverkehr zu erhöhen. Bei der Gründungsversammlung waren Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Fachverbände, der Gerichte, der Verkehrswacht, von Schulen, Kindergärten, Versicherungen und Unternehmen anwesend. Arbeitsziel der Projektgruppe war es, durch Bündelung aller für die Verkehrssicherheit zuständigen Stellen eine Effektivitätssteigerung zu erreichen und den Anteil der einzelnen Partner an der Verkehrssicherheitsarbeit zu erhöhen.

Für die Polizei bedeutete das, ihre Teilbeiträge im Bereich der Verkehrsaufklärung, der Verkehrsüberwachung und dem Mitwirken an der sicheren Gestaltung des Verkehrsraumes zu verbessern und wenn möglich, Partner aus der Projektgruppe mit einzubeziehen. Alle Organisationseinheiten des Polizeipräsidiums



Gelsenkirchen, der so genannte Stab, der Ermittlungs-, Wach- und Wechseldienst, der Verkehrsdienst und die Bereitschaftspolizei entwickelten in den fünf Jahren eine Reihe von Konzepten zur Unfallreduzierung und haben diese dann in der Praxis mit hohem Engagement umgesetzt. Genannt seien dabei z.B. Partnerschaften des Wachdienstes, der Bezirksdienststellen oder der Bereitschaftspolizei mit Schulen, Kindergärten oder ganzen Stadtbezirken.



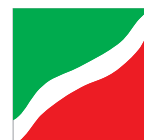
Die größte Außenwirkung hatten Aktionen aller Ordnungspartner mit den im Jahr 2000 in der Projektgruppe entworfenen Symbolfiguren „Tim und Lisa“. Die von einem Grafiker der Bochum-Gelsenkirchener-Straßenbahn AG entworfenen Comic Figuren erregten vor allem bei der Zielgruppe „Kinder“ viel Aufmerksamkeit. Die Namen „Tim und Lisa“ wurden in einem Namensgebungswettbewerb an allen Gelsenkirchener Grundschulen von den Kindern ausgewählt.

In den letzten vier Jahren wurden „Tim und Lisa“ in fast allen Bereichen der polizeilichen Verkehrsaufklärung für Kinder eingesetzt. Bei der Verkehrspuppenbühne

mussten „Heike und Peter“ als Hauptdarsteller „Tim und Lisa“ weichen. Malbücher, Stundenpläne, Poster, Spannbänder, Ausbildungsunterlagen für die Radfahrausbildung, Aufkleber etc. zeigten die Symbolfiguren als Mahner für Verkehrssicherheit. Die Figuren fanden einen solch großen Zuspruch, dass zwischenzeitlich auch das Polizeipräsidium Bochum „Tim und Lisa“ in der Verkehrsaufklärung einsetzt.

Seit Jahren hatte Gelsenkirchen mit sehr hohen Unfallzahlen bei Kindern zu kämpfen. Nach Gründung der Ordnungspartnerschaft hat sich die Zahl der verunfallten Kinder deutlich verringert und sinkt stetig weiter.

Mehr Informationen zum Konzept der Ordnungspartnerschaft „Erhöhte Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr“ und weitere Hinweise finden Sie unter <http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>





Ordnungspartnerschaft Essen: „Gemeinsam aktiv für Essen – Kooperation statt Konfrontation“

Seit 1974 veranstaltet das Unternehmen „autoprivat“ auf dem Gelände des Autokinos in Essen-Bergeborbeck einen privaten Automarkt. Hier und an acht weiteren Standorten in Deutschland wird der Handel mit Gebrauchtfahrzeugen ermöglicht. Anbieter zahlen eine Standgebühr, Interessenten entrichten ein Eintrittsgeld.

Der Essener Standort hat sich zum größten privaten Automarkt in Europa entwickelt. 15.000 Interessenten, Käufer und Verkäufer besuchen wöchentlich das Gelände, auf dem bis zu 2.000 Fahrzeuge angeboten werden.

Die Öffnung der Ostgrenzen und die damit verbundene starke Nachfrage nach preiswerten Gebrauchtwagen führte ab 1990 zu einer deutlichen Expansion des Automarktes. Für die Anwohnerinnen und Anwohner allerdings war mit dieser Entwicklung die Angst vor weitergehenden Belästigungen und Übergriffen verbunden. Auch die Wohn- und Immobilienwerte sanken. Das Image der Stadtteile Bergeborbeck, Vogelheim und

Bochold verschlechterte sich dramatisch. Die Kriminalität nahm zu: Delikte rund um das Auto, Raub, Körperverletzung, Sachbeschädigungen und Betrug, Verkehrsstraftaten und Verkehrsordnungswidrigkeiten, insbesondere Zulassungsverstöße, stiegen kontinuierlich an.

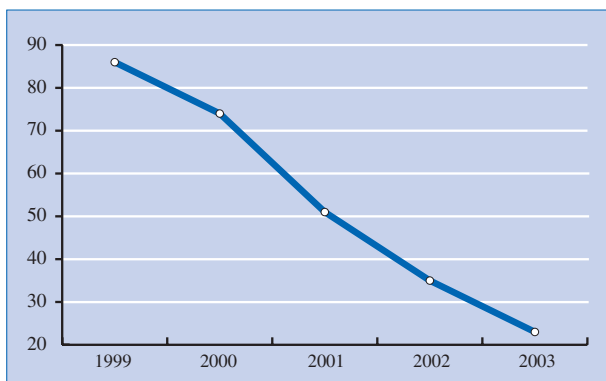
Die Ordnungspartner legten im Jahr 2003 gemeinsame Strategieziele fest:

- Stärkung des legalen Teiles des Automarktes
- gleichzeitige Beseitigung des illegalen Marktes im Umfeld des Autokinos





Entwicklung der Straftaten am Automarkt



Der Katalog der zu treffenden Maßnahmen war lang: Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Essen, Informationen an alle Marktbesucher in verschiedenen Sprachen, bauliche Veränderungen im Umfeld, konsequentes Vorgehen gegen alle Verstöße mit hohem Personalaufwand, Verhinderung einer Verdrängung, Einrichten einer KFZ-Zulassungsstelle mit entsprechenden Öffnungszeiten!

Der Stadt, der Polizei Essen und „autoprivat“ ist es in der Ordnungspartnerschaft gelungen, die negativen Auswirkungen des Automarktes zu beseitigen und dadurch

eine deutliche Verbesserung des Umfelds und des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Der Automarkt ist aus seinem Zwielicht herausgetreten und gewinnt an Attraktivität.

Die Lebens- und Umfeldqualität in den betroffenen Stadtteilen ist deutlich gestiegen. Die zwischenzeitlich aktive Bürgerinitiative gegen den Automarkt ist mit dem erreichten Zustand zufrieden. Straftaten und Verkehrsvergehen sind deutlich zurückgegangen. Das Ergebnis ist ein Beispiel dafür, dass sich partnerschaftliches und verantwortungsvolles Zusammenwirken auf der Grundlage eines überzeugenden Konzepts lohnt und erfolgreich ist.

Mehr Informationen zum Konzept der Ordnungspartnerschaft „Gemeinsam aktiv für Essen – Kooperation statt Konfrontation“ und weitere Hinweise finden Sie unter <http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>





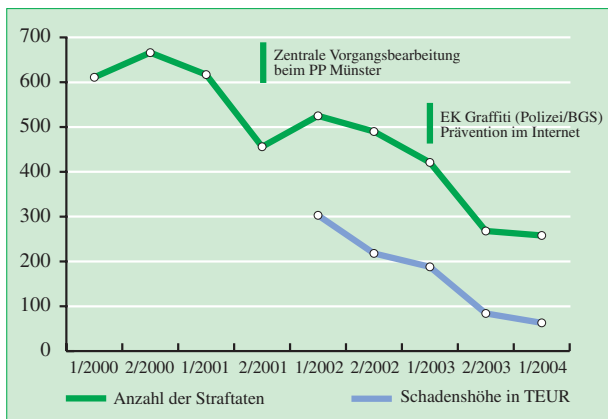
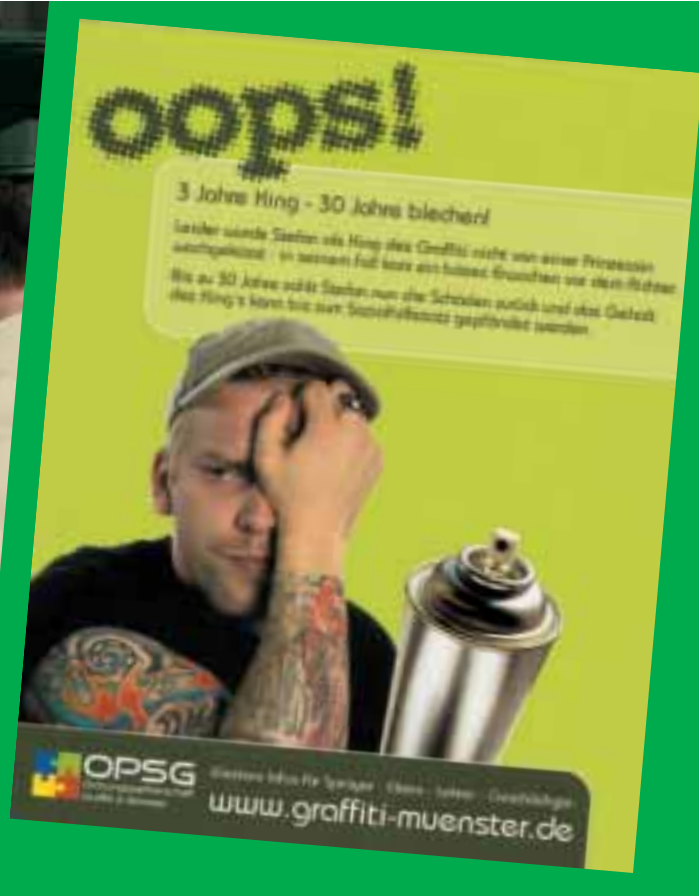
Ordnungspartnerschaft Münster: „Graffiti – Auch mal andere Wege gehen“

Seit 20 Jahren erhitzt „American Graffiti“ die Gemüter in Deutschland. Auf der Suche nach Fame, Respekt und Nervenkitzel hinterlassen die Anhänger der Jugendkultur – häufig unerlaubt – ihre Signaturen und Bilder im öffentlichen Raum. Im Jahre 2000 wurde in Münster Bilanz gezogen: Etwa 15.000 Wohneinheiten und 480 öffentliche Gebäude und Brückenbauwerke waren mit illegalen Graffiti bemalt. Der Kriminalpräventive Rat der Stadt beschloss deshalb im Jahre 2001 die Einrichtung einer Ordnungspartnerschaft Graffiti (OPSG). Unter Vorsitz des Polizeipräsidioms Münster (PP) und in enger Kooperation mit dem Bundesgrenzschutz (BGS), der Stadt Münster – Ordnungsamt, Amt für Kinder, Jugendliche und Familie –, der Staatsanwaltschaft sowie weiteren elf Behörden und Institutionen wurden nun konkrete Gegenmaßnahmen initiiert und koordiniert, um Sachschäden und Straftaten einzudämmen.

Neben einer konsequenten Strafverfolgung durch die gemeinsame Ermittlungskommission „Graffiti“

(PP Münster und BGS-Inspektion Münster) setzt die Ordnungspartnerschaft einen Schwerpunkt auf das Aufzeigen von Alternativen im Rahmen der Jugendarbeit. Dabei sollen von den Ordnungspartnern initiierte und begleitete legale Graffiti-Projekte einen Dialog zwischen Jugendlichen und den Ordnungspartnern aufbauen, um die präventiven Kerninformationen mit Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft vermitteln zu können. Die kriminalpräventive Wirkung dieser in Münster durch-





geführten Graffiti-Projekte wurde innerhalb einer Untersuchung bestätigt.

Die in der Ordnungspartnerschaft kooperierenden Wohnungsgesellschaften, Verkehrs- und Straßenbetriebe entfernen illegale Graffiti umgehend und nehmen Jugendlichen einen wesentlichen Reiz zum unerlaubten Spraysen. Straffällig gewordene Jugendliche werden im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs zur Entfernung ihrer illegalen Graffiti eingesetzt und durch das Jugendamt begleitet. Mit dem Aushang von Plakaten und Falblättern in Behörden, Schulen und im ÖPNV werden

die Zielgruppen informiert und zum Besuch der Internetseite www.graffiti-muenster.de angeregt. Dort erhalten Jugendliche, Eltern, Lehrer und Geschädigte rund um die Uhr aktuelle Informationen zum Thema Graffiti und dessen Risiken.

Ausgehend von dem Gründungsjahr 2001 zeigt das Konzept der Ordnungspartnerschaft Wirkung: Die beim PP Münster registrierten Straftaten sind um rund 60 % rückläufig. Parallel hierzu konnten auch die Schadenssummen um rund 80 % eingedämmt werden. Auf den Anlagen der Deutschen Bahn AG verzeichnet die Bundesgrenzschutzinspektion Münster einen Straftatenrückgang von 40 % und eine Eindämmung der Sachschäden von 68 %.

Mehr Informationen zum Konzept der Ordnungspartnerschaft „Graffiti – Auch mal andere Wege gehen“ und weitere Hinweise finden Sie unter

<http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>



Bonn – „Gemeinsame Anlaufstelle von Stadtverwaltung und Polizei in der Bonner Innenstadt (GABI)“

Täglich passieren mehr als 100.000 Menschen das sogenannte „Bonner Loch“, einen der Hauptzugangsbe-
reiche in die Bonner Fußgängerzone und verkehrsfreier
Durchgang von der Innen- in die West- und Südstadt.
Wegen des offenen Charakters der Anlage und der
günstigen Verkehrsanbindungen bildet sich schnell ein
Anziehungspunkt für Personen der Randgruppen-Szene.
Offene Trinkgelage, aggressives Betteln, Raubdelikte,
Körperverletzungen, Sachbeschädigungen sowie der
permanente Anblick hilfloser und verwahrloster Men-
schen führen zu zahlreichen Beschwerden von Bürgern
und Pendlern, Geschäftsleuten und Reisenden.

In weiten Bevölkerungsteilen wird das „Bonner Loch“
zum Synonym für einen Kriminalitätsbrennpunkt und
als „Schandfleck der Stadt“ gebrandmarkt.

Ziel des Konzepts GABI war und ist es, den miteinander
korrespondierenden sozialen, ordnungs- und sicherheits-
rechtlichen Problemen in der Bonner Innenstadt in ei-
nem ganzheitlichen Ansatz zu begegnen und dadurch
die Sicherheitslage zu verbessern. Grundlage des Kon-
zeptes von GABI war daher die Überlegung, dass eine
Zerschlagung oder Verdrängung der Randgruppen-
Szene die erkannten Probleme nicht beseitigt, sondern



14

Mettmann – „Verhinderung illegaler Autorennen“

Seit einigen Jahren gibt es im Wülfrather-Innenstadt-
bereich regelmäßige Treffen von jungen Fahrzeugfüh-
rern aus der „Tuning-Szene“. Diese belästigen durch
Ruhestörungen und Autorennen die Anwohner und
gefährden den Straßenverkehr erheblich. Durch gemein-
same Aktionen von Polizei und Stadt ist die Zahl der
Beschwerden deutlich zurückgegangen. Auswärtige
Fahrzeugführer treten seltener in Erscheinung. Die
„Szene“ ist zurückhaltender geworden.

■ „HIP“ (Hildener Präventionsmodell)

Die Kriminalität in der Stadt Hilden wird von einem
hohen Anteil der unter 21-jährigen Tatverdächtigen von
Straftaten, insbesondere bei Mehrfachtatverdächtigen
geprägt.

Das Ziel der Ordnungspartnerschaft zwischen der
Polizei in Hilden, der Stadt, der Staatsanwaltschaft
Düsseldorf sowie dem Amtsgericht Langenfeld ist

die Senkung der Straftaten, die durch unter 21-jährige
Täter begangenen wurden. Besonders wichtig ist des-
halb auch in diesem Zusammenhang das Verhindern
bzw. Verringern krimineller Karrieren. Durch eine be-
schleunigte Vorgangsbearbeitung aller beteiligten Ord-
nungspartner soll die Betroffenheit und das Bewusstsein
der Tatverdächtigen für die Straftat erhalten bleiben.

Mehr Informationen zum Konzept und den Beteiligten
der Ordnungspartnerschaft „Mettmann – Verhinderung
illegaler Autorennen“ und weitere Hinweise finden Sie
unter

<http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>



eher verlagert und verstärkt hätte. Es galt sozialpräventive, unterstützende, helfende und (straf-)rechtlich kontrollierende Elemente zu kombinieren. Wesentlicher Schwerpunkt war und ist bis heute der Umgang mit Betäubungsmittelkonsumenten, die Hilfen vor allem für junge Menschen, und die Aufklärung von Drogenstraftaten.

Die Arbeit von Polizei und Ordnungsamt in der GABI erhielt im Rahmen einer nicht-repräsentativen Umfrage eine gute Bewertung. 43% der Befragten gaben an, dass sich die Verhältnisse im „Bonner Loch“ seit der Einrichtung von GABI gebessert hätten. Auch die Ergebnisse einer kriminologischen Regionalanalyse der Universität Bonn und der Allgemeinen Bürgerbefragung der Bonner Polizei 2003 bescheinigen der Arbeit von GABI einen guten Wert.

Mehr Informationen zum Konzept und den Beteiligten der Ordnungspartnerschaft „Gemeinsame Anlaufstelle von Stadtverwaltung und Polizei in der Bonner Innenstadt (GABI)“ und weitere Hinweise finden Sie unter <http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>



Unna – „Männergewalt gegen Frauen und Mädchen in Beziehungen – Häusliche Gewalt“

Die seit 1998 bestehende Ordnungspartnerschaft ist weit mehr als ein „Runder Tisch“. Sie ist gekennzeichnet durch gegenseitiges Vertrauen und die Tatsache, dass alle beteiligten Institutionen bereits seit Jahren auf diesem Feld agieren. Die erfolgreiche Zusammenarbeit wird gelebt und erfolgreich praktiziert, und das nicht nur am „Runden Tisch“.

Das Ziel, die Zahl der Anschlussdelikte an häuslicher Gewalt zu senken, wurde erreicht. Die Fallzahlen sind teilweise um bis zu 50 % gesunken. Weiterer Beleg für

den Erfolg der Ordnungspartnerschaft sind die Ergebnisse der regelmäßig durchgeführten Opferbefragungen. Sie attestieren den angebotenen Betreuungsmaßnahmen aller Beteiligten gute bis sehr gute Noten. Ein weiterer Anhaltspunkt für den Erfolg des Unneraner Interventionskonzeptes gegen häusliche Gewalt ist die Tatsache, dass das Land Baden-Württemberg zwischenzeitlich dieses Konzept landesweit eingeführt hat.

Mehr Informationen zum Konzept und den Beteiligten der Ordnungspartnerschaft Unna – „Männergewalt gegen Frauen und Mädchen in Beziehungen – Häusliche Gewalt“ und weitere Hinweise finden Sie unter <http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>



„Köln – Hinsehen. Handeln. Hilfe holen.“

Mangelnde Zivilcourage und die fehlende Bereitschaft, anderen Menschen in Notsituation zu helfen, wirken sich negativ auf das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger aus. Polizeiliche Erfahrungen sowie Presseveröffentlichungen belegen, dass es sich hierbei um ein weit verbreitetes Phänomen handelt. Obwohl es verschiedene Möglichkeiten gibt, Hilfe im Notfall zu organisieren und obwohl aufgrund gesetzlicher Bestimmungen eine Verpflichtung für Jedermann zum Handeln besteht, ist in der Gesellschaft die „Unkultur des Wegsehens“ immer noch verbreitet.

Vor diesem Hintergrund wurde 1998 das Projekt „Hinsehen. Handeln. Hilfe holen. – Kölner lassen keinen allein“ beim Polizeipräsidium Köln eingerichtet.

Durch eine intensive polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit ist die Kampagne einer Umfrage zufolge bei 80% der Kölnerinnen und Kölnern bekannt. Die Anzahl der Ehrungen von Helferinnen und Helfern, die anderen Menschen in Notsituationen beigestanden haben, ist deutlich angestiegen.

Mehr Informationen zum Konzept der Ordnungspartnerschaft Sicheres Köln – „Hinsehen. Handeln. Hilfe holen.“ und weitere Hinweise finden Sie unter <http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>

16



Siegen
Siegen Siegen

Kölner lassen
keinen allein.

Siegen – „Soziale, gesunde und sichere Stadt“



„Den Menschen in Siegen ein Gefühl der Sicherheit geben“, das ist und war erklärtes Ziel der Siegener Ordnungspartnerschaft, zu der sich die Stadt und die Polizei Siegen zusammengeschlossen haben.

Dazu wurde eine stärkere polizeiliche und städtische Präsenz vereinbart, verbunden mit einer besseren Ansprechbarkeit im Rahmen von gemeinsamen Fußstrei-

fen. Neben vielfältigen Aktionen vor Ort in der Innenstadt wurde von den „Vertragspartnern“ eine Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger eingerichtet. Im „Treffpunkt Sicherheit“ können Fragen, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung betreffen, an die Ordnungspartner gestellt werden. Darüber hinaus ist die Anlaufstelle bei Stadtfesten und Großveranstaltungen für alle Hilfesuchenden geöffnet.

Die Verstärkung der Präsenz im öffentlichen Raum hat sich bewährt. Die Zahl der polizeilich festgestellten Straftaten im innerstädtischen Bereich hat sich auf niedrigem Niveau etabliert. Zudem hat sich die „gefühlte“ Sicherheit der Bevölkerung erhöht, wie viele Menschen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der „Mobilen Wache“ bestätigen.

Mehr Informationen zum Konzept und den Beteiligten der Ordnungspartnerschaft „Siegen – Soziale, gesunde und sichere Stadt“ und weitere Hinweise finden Sie unter <http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>



Aachen – „Jugendliche Intensivtäter im Bereich der Hauptschule Aretzstraße“

Die vom Polizeipräsidium Aachen und der Hauptschule Aretzstraße initiierte Ordnungspartnerschaft zeigt anschaulich Lösungsansätze zur wirksamen Gewaltprävention und -bekämpfung auch für gleich- bzw. ähnlich gelagerte Problemfälle im Bereich anderer Schulen auf. Die Schule „Aretzstraße“ liegt im Randbereich eines Stadtteils mit besonderem Erneuerungsbedarf und wird von etwa 520 Schülerinnen und Schülern besucht. Der Ausländeranteil beträgt zwischen 75 und 80 % (bis zu 40 verschiedene Nationen, darunter Aussiedler mit Sprachproblemen). Mitte 2003 verzeichnete die Schule zunehmend Fälle von Straftaten, u.a. Bedrohungen, Handel mit Betäubungsmitteln oder Raub. Dadurch entstand an der Schule ein so genannter „Angstraum“.

Der Aachener Polizei gelang es, die Straftäter zu ermitteln und aus dem Schulbereich zu entfernen. Die Ängste bei Schülerinnen und Schülern, aber auch bei den Lehrerinnen und Lehrern sind zurückgegangen, das Anzeigeverhalten hat sich verbessert. Dadurch halten sich straf-

fällig gewordene oder auffällige Schülerinnen und Schüler zurück. Deeskalationstraining für Lehrerinnen und Lehrer sowie Vermittlung von Konfliktlösungsstrategien für Schülerinnen und Schüler – unter Einbindung der Eltern – haben die Gewaltsituationen sinken lassen und sind eine „Investition“ in die Zukunft. Das Aachener Modell ist erfolgreich und weckt das Interesse anderer Schulen, eine vergleichbare Ordnungspartnerschaft mit der Polizei einzugehen.

Mehr Informationen zum Konzept und den Beteiligten der Ordnungspartnerschaft „Aachen – Jugendliche Intensivtäter im Bereich der Hauptschule Aretzstraße“ und weitere Hinweise finden Sie unter

<http://www.polizei.nrw.de/im/wir/ordnungspartner.html>





Ordnungspartnerschaften: Gemeinsam zum Ziel

Die Situation in den Innenstädten spielt in der Wahrnehmung von Sicherheit eine wesentliche Rolle. Bürgerbefragungen durch Polizeibehörden, Städte und andere Organisationen zeigen, dass sich Bürgerinnen und Bürger mehr Präsenz und Ansprechbarkeit der zuständigen Behörden wünschen.

Kommt es zu Beeinträchtigungen der Sicherheit in Innenstädten hat dies häufig komplexe Ursachen und Wirkungen. Eine Lösung der Probleme muss deshalb diese Komplexität durch ein gemeinsam abgestimmtes und lokales Handlungskonzept möglichst aller Beteiligten berücksichtigen.

Die Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung erfordert den Einsatz sowohl von Ordnungspartnerschaften als auch von Kriminalpräventiven Räten. Eine sinnvolle Strategie muss daher beide Ansätze umfassen. Kriminalpräventive Räte und Ordnungspartnerschaften wirken komplementär und konkurrieren nicht miteinander.

Ordnungspartnerschaften sind das Dach, unter dem Aufgaben- und Entscheidungsträger Projekte unmittelbar vereinbaren. Sie sind keine selbständigen Gruppen, sondern eine Kennzeichnung für einen Zusammenarbeitsrahmen, der das Ziel der Verbesserung



der objektiven Sicherheit und die Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung verfolgt. Vornehmlich geht es dabei auch um die kurzfristige Beseitigung von Gefahren im Straßenverkehr, von Brennpunkten der Straßenkriminalität und von so genannten „Angsträumen“. Dieser Ansatz erfordert also zuerst verstärkt tatsituativ wirkende Präventions- und Repressionsmaßnahmen konkret bezogen auf die von der Bürgerschaft als bedrohlich empfundenen „Vorboten“ der Kriminalität. Ordnungspartnerschaften sind demgemäß auch erst in zweiter Linie an der langfristigen und komplexeren Ursachenbekämpfung beteiligt.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass ein Zeitrahmen und eine schriftliche Festlegung der gemeinsamen Ziele und von Verantwortlichkeiten sowie Maßnahmen wesentliche Grundlagen für den Erfolg sind. Mit den beteiligten Ordnungspartnern sollten – wo immer es möglich ist – darüber hinaus Verfahren zur Überprüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen abgesprochen werden.

Gibt es vor Ort einen Kriminalpräventiven Rat, so kann dieser in die Ordnungspartnerschaft eingebunden werden.

Kriminalpräventive Gremien sind Gruppen unterschiedlicher kommunaler und staatlicher Aufgabenträger, die – unter Einbeziehung engagierter Bürger und Vereine – zusammenarbeiten, um durch Vorbeugung Wirkung gegen Kriminalität zu erzielen. Sie können als dauerhaft eingerichtete Gremien mit Lenkungscharakter oder als Projektgruppen zur Lösung eines konkreten Problems beitragen.

Die Arbeit solcher Gremien richtet sich nicht in erster Linie auf die kurzfristige Beseitigung von Symptomen, sondern bezieht die Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität mit in die konzeptionellen und projektbezogenen Überlegungen ein. Hier kann eine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit etwa durch Konzepte einer zeitgemäßen Integration von Menschen in die Gesellschaft nur längerfristig und durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten erreicht werden.

Ordnungspartnerschaften können solche Strukturen auch für ihre Zwecke nutzen und in die Umsetzung der Lösungsansätze einbeziehen. Hierdurch bekommt die Zusammenarbeit eine fundiertere Grundlage. Die enge Zusammenarbeit im Rahmen von Ordnungspartnerschaften ist in vielen Städten und Gemeinden institutionalisiert. Dies wird von den Beteiligten positiv bewertet. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Behörden und Institutionen gehen motivierter an bestehende Probleme heran, weil sie durch die Beteiligung anderer Ordnungspartner problemnahe und umfangreichere Lösungsansätze verfolgen können. Dies gilt zum Beispiel für offene Drogenszenen, wo nachhaltige Veränderungen nur durch die gemeinsame Arbeit von Polizei, Ordnungs-, Ausländer-, Gesundheits- und Sozialbehörden erzielt werden können.

Die Polizei hat den Erkenntnissen aus Bürgerbefragungen bereits in vielen Bereichen Rechnung getragen und ihre Präsenz durch den Einsatz von Fuß- und Radstreifen erheblich verstärkt. Den Wünschen nach verbesserter Ansprechbarkeit kommt die Polizei dadurch nach, dass Beamtinnen und Beamten des Wachdienstes kleine, überschaubare Betreuungsbereiche zugewiesen werden und die Einbindung des Bezirksdienstes in die bürgerorientierte Polizeiarbeit weiter intensiviert wird. So beteiligen Bezirksbeamte die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Bezirk regelmäßig an der Sicherheitsarbeit, indem sie zum Beispiel Nachbarschaften eines Wohnblocks oder eines Straßenzuges zu Sicherheitsbesprechungen einladen und über aktuelle Entwicklungen aus polizeilicher Sicht informieren bzw. relevante Probleme aufgreifen.

Nach § 13 OBG führen die Ordnungsbehörden die ihnen obliegenden Aufgaben mit eigenen Dienstkräften durch. Demgemäß verfügen die Kommunen in der Regel seit langem für bestimmte ordnungsbehördliche Aufgaben über Vollzugsdienstkräfte, die im Außendienst tätig sind. Solche Kräfte sind beispielsweise mit Aufgaben der Gewerbeüberwachung, Verkehrsüberwachung, Lebensmittelkontrolle, Überwachung von Umweltschutzbestimmungen oder der Parkaufsicht betraut.

Zur allgemeinen, bereichsübergreifenden Gefahrenabwehr im öffentlichen Raum, z.B. zur Durchsetzung örtlicher Verordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, werden mit besonderer Dienstkleidung ausgestattete Vollzugsdienstkräfte von verschiedenen Städten und Gemeinden erfolgreich eingesetzt.

Teilweise wird die Streifentätigkeit von kommunalen Vollzugsdienstkräften allein wahrgenommen, teilweise – soweit gemeinsames Tätigwerden in konkreten Einzelfällen erforderlich ist – in Gestalt gemeinsamer Streifengänge zusammen mit Dienstkräften der Polizei. Auch bei alleiniger Wahrnehmung durch kommunale Kräfte erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei (zum Beispiel Lagebeurteilung, Vollzugshilfe).

Kommunale Ordnungsdienste mit öffentlich sichtbarer Präsenz stärken das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Sie können deshalb wertvolle Bausteine kommunaler Ordnungspartnerschaften sein.



Weitere Informationen

- : „Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen - Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ Erlass des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 9.1.1998 -IV C 2- 600/295 n.v.
- : „Kriminalitätsvorbeugung durch die Polizei“, Erlass des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 18.8.1993 (SMBL.NRW. 203010), (Kriminalpräventive Räte)
- : Broschüre „Sicherheit in Städten und Gemeinden“ des Innenministeriums
- : Broschüre „Polizei Nordrhein-Westfalen“ des Innenministeriums
- : Leitfaden „Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen“ des Innenministeriums und des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels
- : Günther, Albert/Mokros, Reinhard (Hrsg.) – Sicherheit in der Stadt – Ordnungspartnerschaften zwischen Land und Kommunen, Grüne Reihe der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Nordrhein-Westfalen, Band 15
- : Ansprechpartner sind die Polizeibehörden und Stadt- oder Gemeindeverwaltungen vor Ort
- : Internet-Angebot des Landespräventionsrates (www.lpr.nrw.de)
- : Internet-Angebot der Polizei NRW (www.polizei.nrw.de)
- : Broschüre: „Landespreis für Innere Sicherheit 2003“ des Innenministeriums

Chronik Ordnungspartnerschaften in NRW

Der 24. September 1997 markiert den Start der Landesinitiative „Ordnungspartnerschaften“. Die folgende Übersicht zeigt einige Stationen auf dem Weg, der mittlerweile zu über 900 ordnungspartnerschaftlichen Projekten in 179 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden geführt hat:

1997

■ 24. September 1997:

Auftaktveranstaltung in Düsseldorf mit einer Konferenz für mehr Sicherheit in Bahnen und Bahnhöfen. Eingeladen sind Polizeipräsidenten und Vertreter der Großstädte in Nordrhein-Westfalen, der Deutschen Bahn AG, der Verkehrsverbände aber auch des Bundesgrenzschutzes.

1998

■ Januar 1998:

In einer ersten Phase werden in den Großstädten Bielefeld, Dortmund, Hagen, Düsseldorf, Krefeld und Köln Ordnungspartnerschaften modellhaft eingerichtet.

■ 14. Januar 1998:

Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Einrichtung von Ordnungspartnerschaften; Grundstein für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommunen.

■ 11. März 1998:

Gespräch mit Vertretern der Justiz, der Polizei- und Kommunalbehörden der Modellstädte. Ziel ist die Optimierung der Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität.

■ 02. April 1998:

Repräsentantinnen und Repräsentanten der Städte Ahlen, Bad Salzuflen, Dinslaken, Harsewinkel, Iserlohn, Lippstadt, Overath und der Gemeinde Sonsbeck sowie die Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Kreispolizeibehörden erklären sich bereit, als Modellstädte für den ländlichen Raum die Zusammenarbeit vor Ort in Ordnungspartnerschaften zu gestalten. Kurze Zeit später kommt noch die Stadt Frechen hinzu.

■ 15. April 1998:

Gespräche mit dem Hauptverband des Deutschen Einzelhandels und dem nordrhein-westfälischen Einzelhandelsverband, die aktiv in die Entwicklung von Ordnungspartnerschaften eingebunden sind.

■ 22. April 1998:

Gespräch mit Vertretern des privaten Sicherheitsgewerbes.

■ 5. Mai 1998

Rede des Innenministers Franz-Josef Kniola vor der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Wach- und Sicherheitsdienste zum Thema „Ordnungspartnerschaften und private Sicherheitsdienste“. Bei klarer Abgrenzung der Aufgaben und Kompetenzen ist die Polizei zu einer Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsgewerbe bereit. Gemeinsame Streifen werden aber nach wie vor strikt abgelehnt, damit Verantwortlichkeiten nicht verwischt werden.

■ 26. Mai 1998:

Auf Initiative des Innenministeriums findet im Rahmen der „Rail-tec '98“ das Forum „3.11. Sicherheit im öffentlichen Schienenpersonenverkehr“ statt. Ordnungspartnerschaften werden als besonders geeignet eingeschätzt, mit der Funktion eines Gesamtkonzeptes mehr Sicherheit umsetzen zu können.

■ 19./20. August 1998:

Zweitägiger Kongress „Jugendkriminalität“, der sich damit befasst, Ursachen von Jugendkriminalität zu analysieren, Erklärungsansätze zu finden, Schwachstellen des Sanktionssystems herauszuarbeiten und Lösungen aufzuzeigen, wie Tätern begegnet und Opfern geholfen werden kann. Neben ordnungspartnerschaftlichen Ansätzen natürlich ein weites Betätigungsfeld etwa für die Arbeit Kriminalpräventiver Gremien, die Wissenschaft, Staatsanwaltschaft und Gerichte, Schulen und die Jugendhilfe.

■ 19. Oktober 1998:

Start einer besonderen Ordnungspartnerschaft, und zwar des bundesweit einmaligen Pilotprojektes „ZeRP“ (Zentralstelle für regionales Sicherheitsmanagement und Prävention im Öffentlichen Personennahverkehr). Dahinter verbirgt sich eine Datenbank, in der sicherheitsbedrohliche Ereignisse an Haltestellen, Bahnhöfen und in Bahnen gespeichert werden, um Abhilfe zu schaffen. Hier arbeiten – konzentriert auf die Städte Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Herne und Witten – die Verkehrsbetriebe, die Deutsche Bahn AG, der Bundesgrenzschutz und die Polizei eng zusammen. Am selben Tag wird auch das vom Landeskriminalamt in Düsseldorf erarbeitete Konzept zur Bekämpfung von Graffiti-Schmierereien vorgestellt. Dieses Konzept setzt dort an, wo am wirkungsvollsten auf potenzielle Sprayer eingewirkt werden kann. In den Familien, Schulen und den Freizeitstätten. Die von der Stadt Essen konzipierte Arbeitshilfe „Graffiti, Sprays, Sachbeschädigungen“ und die vom LKA NRW entwickelten Faltblätter für „Sprayer, Eltern, Opfer“ sind Teil des Landeskonzeptes.

1999

■ 17. November 1999:

Auf dem Fachkongress „Ordnungspartnerschaften und bürgerorientierte Polizeiarbeit“ tauschen nordrhein-westfälische, belgische und niederländische Behörden in Aachen ihre Erfahrungen und Erkenntnisse aus, die sie im Zusammenhang mit den Anstrengungen zur Verbesserung der gemeinschaftlichen Aufgabenwahrnehmung und bürgerorientierten Polizeiarbeit gewonnen hatten.

2001

■ 06. Juni 2001:

Durchführung eines Fachkongresses in Gelsenkirchen, mit dem Schwerpunktthema „Verbesserung der Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr“. Im Rahmen des Fachkongresses wurde der „Werkzeugkasten Prävention“ vorgestellt, der unterschiedliche Lösungsansätze für Sicherheitsprobleme im ÖPNV bietet (z.B. Einbindung jugendlicher Fahrzeugbegleiter zur Streitschlichtung bei Gleichaltrigen in Schulbussen).

Als Abschluss der zweijährigen Pilotphase „ZERP“ schlossen die dreizehn Kooperationspartner eine Vereinbarung über die Weiterführung des Projektes.

2002

■ 18.09.2002:

Mit dem in Köln durchgeführten Fachkongress „Ordnungspartnerschaften – Gemeinsam gegen Gewalt- und Jugendkriminalität“ wurden aktuelle Diskussionen zum Thema „Ursachen und Erscheinungsformen der Jugend- und Jugendkriminalität“ nach den Ereignissen von Erfurt aufgegriffen. Verantwortungsträger von Städten und Gemeinden tauschten ihre Erfahrungen mit regionalen Handlungskonzepten zur Eindämmung oder Auflösung örtlicher Gewalt- und Jugendprobleme aus.

2003

■ 03.12.2003:

Erstmalige Verleihung des Landespreises „Innere Sicherheit, Ordnungspartnerschaften in NRW – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ – im Essener Rathausaal. Ausgezeichnet werden die fünf Ordnungspartnerschaften: Essen „Gemeinsam aktiv für Essen – Sicherheit und Hilfe im gesellschaftlichen Konsens“, Autobahnpolizei Köln „Mehr Sicherheit im LKW-Verkehr“, Bochum „Zivilcourage“, Mönchengladbach „K!DS in MG – Sicher unterwegs!“ und Köln „Sicheres Köln – Projekt Netzwerk gegen häusliche Gewalt“

2004

■ 17.03.2004:

Innenminister Dr. Fritz Behrens informiert sich vor Ort in Siegen über die Ordnungspartnerschaft „Treffpunkt Sicherheit“. Es folgen weitere Besuche des Innenministers bei erfolgreichen Ordnungspartnerschaften in Münster und Aachen.

■ 03.12.2004:

Verleihung des Landespreises „Innere Sicherheit 2004, Ordnungspartnerschaften in NRW – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ – im Museum Bochum – Kunstaussstellung.





Impressum

Herausgeber

Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
- Referat Öffentlichkeitsarbeit -
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/871 - 01
Telefax: 0211/871 - 3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de
www.polizei.nrw.de

Stand: Dezember 2004

Gestaltung

K+K LithoSatz GmbH, Essen

Fotos

Jochen Tack

Druck

Druckerei der Justizvollzugsanstalt Geldern
Möhlendyck 50
47608 Geldern
www.druckerei-jva-geldern.de